



Protokoll der 26. Sitzung des Einwohnerrates

vom 24. Juni 2015, 16.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 35 Mitglieder

Entschuldigt: Ratsmitglieder Fraefel Stefan, Gränicher Beat, Kaufmann Lisette, Meyer Denise und Quensel Marianne

Traktanden

Laufnummer

Traktandenliste:

://: Dem Antrag des Stadtrates und des Büros wird zugestimmt und die Vorlage „Arealentwicklung Postareal und Allee“ (Nr. 2015/187) als 6. Traktandum behandelt.

://: Der Einwohnerrat beschliesst einstimmig, dass die dringliche Interpellation „Asyl-Bundeszentrum in Liestal“ (Nr. 2015/191) an der heutigen Sitzung behandelt wird.

- | | | |
|----|--|-----------------------|
| 1. | Dringliche Interpellation „Asyl-Bundeszentrum in Liestal“ von Hanspeter Meyer namens der SVP-Fraktion und Bruno Imsand namens der FDP-Fraktion
<i>Erledigt nach der Beantwortung der dringlichen Interpellation durch den Stadtrat.</i> | 2015/191 |
| 2. | Protokoll der Ratssitzung vom 29. April 2015
<i>://: Das Protokoll der letzten Sitzung wird einstimmig genehmigt.</i> | - |
| 3. | Wahl des Ratsbüros für das Amtsjahr 2015/2016
<i>://: Wahl von Ratspräsidentin Meret Franke (GL), Vizepräsident Beat Gränicher (SVP) sowie übrige Mitglieder des Ratsbüros gemäss Vorschlag der Fraktionen.</i> | 2015/185 |
| 4. | Ersatzwahlen in einwohnerrätliche Kommissionen
<i>://: Wahl von Kommissionsmitgliedern gemäss Vorschlag der Fraktionen für restliche Amtsperiode.</i> | 2015/186 |
| 5. | Rechnung 2014 - Berichte Stadtrat und Finanzkommission (FIKO)
<i>://: Der Einwohnerrat genehmigt einstimmig die Verrechnung des PK-Bilanzfehlbetrages im Betrag von CHF 2'168'659.85 mit dem vorhandenen Bilanzüberschuss (Eigenkapital).</i>
<i>://: Die Rechnung 2014, bestehend aus der Einwohnerkasse, den Spezialfinanzierungen, dem Finanzvermögen und der Bilanz wird einstimmig genehmigt.</i> | 2015/182
2015/182a |

- | | | |
|-----|---|---|
| 6. | <p>Arealentwicklung Postareal und Allee - Studienauftrag; Kreditbewilligung mit Sondervorlage
 <i>://: Für die Durchführung des Studienauftrags Arealentwicklung Postareal und Allee bewilligt der Einwohnerrat mit 34 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung zu Lasten der Investitionsrechnung (Konto 7900.5290.0113) einen Brutto-Kredit für den Anteil der Stadt Liestal in der Höhe von CHF 150'000.-- (inkl. MwSt).</i></p> <p><i>://: Für die städtebauliche Gesamtkoordination der Planungen und Projekte des Bahnhofareals und seiner direkten Umgebung bewilligt der Einwohnerrat mit 33 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen zu Lasten der Investitionsrechnung (Konto 7900.5290.0113) einen Brutto-Kredit in der Höhe von CHF 33'000.-- (inkl. MwSt).</i></p> | 2015/187 |
| 7. | <p>Familienergänzende Kinderbetreuung in KITAS auf Basis der Subjektfinanzierung - Bericht der GOR-Kommission
 <i>Vertagt wegen Zeitmangel.</i></p> | 2013/38
2013/38a-c |
| 8. | <p>Schulsozialarbeit - Bericht der Sozial-, Bildungs- und Kulturkommission (SBK) zum stadträtlichen Bericht betreffend dem Postulat von Dominique Meschberger der SP-Fraktion „Schulsozialarbeit im Kindergarten und in der Primarschule“
 <i>Vertagt wegen Zeitmangel.</i></p> | 2014/122
2014/122a
2014/122b
2014/122c |
| 9. | <p>Amtsbericht 2014 - Berichte Stadtrat und Geschäftsprüfungskommission (GPK)
 <i>Vertagt wegen Zeitmangel.</i></p> | 2015/176
2015/176a |
| 10. | <p>Quartierplanvorschriften Obere Brunnmatt - Berichte Stadtrat sowie Bau- und Planungskommission (BPK); 1. Lesung
 <i>Vertagt wegen Zeitmangel.</i></p> | 2015/184
2015/184a |
| 11. | <p>ICT / Informations- und Kommunikationstechnologien und Medien als Unterrichtsmittel und Lerninhalt an der Primarschule als Teil der Umsetzung des Deutschschweizer Lehrplans 21 verpflichtend ab Schuljahr 2015/16
 <i>Vertagt wegen Zeitmangel.</i></p> | 2015/188 |
| 12. | <p>GEP / Revision Genereller Entwässerungsplan (GEP), Bruttokredit von TCHF 442.8
 <i>Vertagt wegen Zeitmangel.</i></p> | 2015/189 |
| 13. | <p>Armut - Postulat „Armut in Liestal: Jährliche Berichterstattung“ von Marianne Quensel und Patrick Mägli der SP-Fraktion
 <i>Vertagt wegen Zeitmangel.</i></p> | 2015/179 |
| 14. | <p>Raumplanerische Zukunft beider Frenkentäler - Schriftliche Antwort Stadtrat betreffend Interpellation zur raumplanerischen Zukunft der beiden Frenkentäler von Vreni Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion
 <i>Vertagt wegen Zeitmangel.</i></p> | 2015/180
2015/180a |
| 15. | <p>Verlauf Einwohnerratsgeschäfte in Webseite - Postulat betreffend Aufnahme des „Verlaufs“ der Einwohnerratsgeschäfte in die Liestaler Webseite
 <i>Vertagt wegen Zeitmangel.</i></p> | 2015/183 |

Ratspräsident Heinz Lerf (FPD) begrüsst die anwesenden Rats- und Stadtratsmitglieder sowie Gäste und Medienvertreter zur letzten Sitzung im Amtsjahr 2014/2015.

Mitteilungen des Ratsbüros sowie des Ratspräsidiums

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) orientiert kurz über einige Punkte der letzten Bürositzung:

- Die Ratssitzung vom 20. Mai 2015 musste mangels genügend spruchreifer Traktanden abgesagt werden, was den Ratsmitgliedern mit E-Mail vom 06. Mai 2015 mitgeteilt wurde.
- An der heutigen Sitzung sollten zahlreiche Geschäfte unbedingt behandelt werden, weshalb die Sitzung ohne Pausenunterbruch bis ca. 18.30 Uhr dauern wird. Der anschliessend stattfindende Apéro mit Amtsjahrschlussessen verschiebt sich somit um rund eine halbe Stunde. Die Ratsmitglieder werden um kurze Voten gebeten und sollten auf Wiederholungen verzichten, damit auch das Traktandum 11 bzw. 12 an der heutigen Sitzung behandelt werden kann.
- Corinne Ruesch (GL) hat ihren Rücktritt per 30. Juni 2015 erklärt. Ihr Rücktrittsschreiben vom 08. Juni 2015 wird verlesen und der Ratskollegin die geleisteten Dienste zu Gunsten der Öffentlichkeit verdankt und ihr für die Zukunft alles Gute gewünscht.
- Sabine Sutter (FDP) erklärt mit ihrem Demissionsschreiben vom 16. Juni 2015 ebenfalls den Rücktritt auf Ende Amtsjahr 2015/2016, welches verlesen wird. Die geleisteten Arbeiten werden ebenfalls verdankt und ihr alles Gute für den weiteren Lebensweg gewünscht.
- Mit Freude darf er darüber berichten, dass Einwohnerrätin Denise Meyer (SVP) am 23. Mai 2015 eine Tochter geboren hatte. Den Eltern wird zur neu geborenen Tochter Leonie gratuliert und der Familie für die Zukunft alles Gute gewünscht.
- Die Ratsmitglieder werden gebeten, die im Saal zirkulierende Liste betreffend dem künftigen Versand der ER-Unterlagen auszufüllen.
- Stadtrat Franz Kaufmann wird krankheitsbedingt und Stadtrat Daniel Muri wird wegen der Teilnahme an einer Sportlerin-Ehrung die heutige Sitzung früher verlassen.

Persönliche Erklärungen / Fraktionserklärungen

Von den Ratsmitgliedern werden keine Erklärungen abgegeben.

Tischpapiere

Den Ratsmitgliedern sind folgende Tischpapiere verteilt worden:

- Stimmausweis, gelb
- Terminplan ER-Sitzungen 2016
- Vorlagen Nr. 2015/185 (Wahl Ratsbüro 2015/2016) und Nr. 2015/186 (Kommissionersatzwahlen)
- Neue Vorstösse Nr. 2015/190 - Nr. 2015/194

Neue persönliche Vorstösse

- Bäume im Siedlungsgebiet - Postulat „Bäume im Siedlungsgebiet“ von Pascal Porchet der FDP-Fraktion (Nr. 2015/190)
- Asyl-Bundeszentrum - Dringliche Interpellation betreffend Asyl-Bundeszentrum in Liestal von Hanspeter Meyer namens der SVP-Fraktion und Bruno Imsand namens der FDP-Fraktion (Nr. 2015/191)
- Lichtemissionen - Interpellation betreffend Lichtemissionen von Anna Ott namens der Grünen Fraktion (Nr. 2015/192)
- Easyvote - Kleine Anfrage betreffend Easyvote zur Erhöhung der Wahlbeteiligung von Anna Ott namens der Grünen Fraktion (Nr. 2015/193)
- Grenzsteine - Interpellation „Grenzen für Grenzsteine?“ von Daniel Spinnler der FDP-Fraktion (Nr. 2015/194)

Stimmenzähler/innen

Auf Vorschlag des Ratsbüros werden als Stimmenzähler/innen bestimmt:

- | | |
|-------------------------------|--|
| - Hans Rudolf Schafroth (SVP) | Seite A (SP, GL) |
| - Sabine Sutter (FDP) | Seite B (SVP, CVP/EVP/GLP) |
| - Bernhard Bonjour (SP) | Seite C (FDP) + Präsidium, Referent/in |

Die Stimmenzähler inkl. Wahlbüromitglied Patrick Mägli (SP) werden unter dem Vorsitz von Sabine Sutter (FDP) bei der Wahl des Ratsbüros ebenfalls als Wahlbüro verantwortlich zeichnen.

Mitteilungen des Stadtrates

Vom Stadtrat werden keine Mitteilungen gemacht.

Traktandenliste

Ratspräsident Heinz Lurf (FDP) informiert darüber, dass der Stadtrat und das Büro dem Rat beantragen, dass das Geschäft „Arealentwicklung Postareal und Allee“ (Nr. 2015/187) vorgezogen und nach der „Rechnung 2014“ behandelt wird.

Er kann feststellen, dass zum Antrag keine Wortbegehren angemeldet oder weitere Änderungen beantragt werden.

://: Dem Antrag des Stadtrates und das Büros wird stillschweigend zugestimmt und die Vorlage „Arealentwicklung Postareal und Allee“ (Nr. 2015/187) nach dem Geschäft „Rechnung 2014“ behandelt.

Ratspräsident Heinz Lurf führt aus, dass die *dringliche Interpellation „Asyl-Bundeszentrum in Liestal“ (Nr. 2015/191)* namens der SVP-Fraktion sowie FDP-Fraktion vorgängig der heutigen Ratssitzung als Tischpapier verteilt wurde.

Dieser neue Vorstoss würde gemäss § 47 des Einwohnerratsgeschäftsreglementes sofort behandelt, sollten 2/3 der anwesenden Mitglieder dies beschliessen. Jetzt steht aber nur die Dringlichkeit des Vorstosses zur Diskussion.

Hanspeter Meyer (SVP) begründet als Interpellant die Dringlichkeit des Vorstosses damit, dass täglich über dramatische Flüchtlingssituationen berichtet wird. Der Vorstoss muss sicher nicht im Detail begründet werden, denn den Fragen kann entnommen werden, wo es den Interpellanten unter den Fingernägeln brennt. Es ist sicher berechtigt, dass die Bevölkerung sowie der Einwohnerrat noch vor den Sommerferien vom Stadtrat genauere Informationen betreffend dem geplanten Asylzentrum in Liestal erhalten, ist ein solches Zentrum doch von allgemeinem Interesse einer Gemeinde.

Ratspräsident Heinz Lurf (FDP) kann feststellen, dass bezüglich der Dringlichkeitserklärung der Interpellation Nr. 2015/191 keine Wortmeldungen mehr vorliegen.

://: Einstimmig beschliesst der Einwohnerrat, dass die Interpellation Nr. 2015/191 „Asyl-Bundeszentrum in Liestal“ dringlich an der heutigen Ratssitzung zu behandeln ist.

282 0.01.011.01 Einwohnerrat

1. Asyl-Bundeszentrum in Liestal – Dringliche Interpellation von Hanspeter Meyer namens der SVP-Fraktion und Bruno Imsand namens der FDP-Fraktion betreffend Asyl-Bundeszentrum in Liestal (Nr. 2015/191)

Die dringliche Interpellation hat folgenden Wortlaut:

*Hanspeter Meyer, namens der SVP-Fraktion
Bruno Imsand, namens der FDP Fraktion*

15. Juni 2015

***Dringliche Interpellation
betreffend Asyl-Bundeszentrum in Liestal***

Die Zahl der Asylsuchenden wächst immer schneller. In den eidgenössischen Räten wird die Revision der Asylgesetzgebung, mit dem Ziel das Abklärungsverfahren auf 140 Tage zu verkürzen und in 19 Asylzentren in der Schweiz zentralisiert durchzuführen.

Seit längeren steht auch die Stadt Liestal mit dem Bund und dem Kanton Basel-Landschaft als möglicher Standort in Verhandlung.

Wir sind uns durchaus bewusst, dass eine Lösung gefunden werden muss. Die Fraktionen der SVP und der FDP unterstützen daher die offene Haltung des Stadtrates und sind sich einig, dass Gemeinden mit geeigneten Areas diese auch für die Errichtung von solchen Asylzentren zur Verfügung stellen sollten.

Leider müssen wir feststellen, dass die Informationspolitik zu einem möglichen Asylzentrum in Liestal unglücklich verläuft. Betroffene, Nachbarn sowie Einwohnerrat und Einwohner erfahren „Neuigkeiten“ aus der Zeitung. Wir sind der Meinung, dass die Bevölkerung, der Einwohnerrat wie auch direkt Betroffene und Anrainer offen und direkt vom Stadtrat und nicht von der Presse informiert werden sollten. Aus diesem Grunde sehen sich unsere Fraktionen zu dieser dringlichen Interpellation veranlasst.

Wir möchten vom Stadtrat gerne wissen:

- 1. Wie ist der genaue Stand der Planung für ein Asylzentrum in Liestal heute?*
- 2. Ist es richtig, dass dem Stadtrat ein anderer Standort vorschwebt als den Vertretern von Bund und Kanton?*
- 3. Was gedenkt der Stadtrat zu tun, um Indiskretionen in Zukunft zu vermeiden?*
- 4. In welcher Form gedenken die Verantwortlichen die Liestaler Bevölkerung zu informieren?*
- 5. Kann das bestehende Asylwohnheim Benzbur mit der Eröffnung des geplanten Asylzentrums geschlossen werden?*
- 6. Entfällt für die Stadt Liestal die Verpflichtung des Kantons Asylanten in einem bestimmten Verhältnis zur Wohnbevölkerung aufzunehmen?*
- 7. Welches sind die sofortigen und allenfalls späteren finanziellen Konsequenzen für Liestal?*
- 8. Ist sichergestellt, dass der Bund auch allfällige Folgekosten (wie z. B. Sicherheitszäune auf Nachbargrundstücken) übernimmt?*

* * * * *

Stadtpräsident Lukas Ott sagt, der Stadtrat nehme die Gelegenheit sehr gerne wahr und beantworte die Fragen der Interpellanten. Die Änderung des eidgenössischen Asylgesetzes beabsichtigt ja die Beschleunigung der Asylverfahren und bringt es mit sich, dass rund 5'000 Plätze in Asyl-Bundeszentren geschaffen werden müssen, wovon rund 850 Plätze auf die Nordwestschweiz entfallen. Das Staatssekretariat für Migration hat die Federführung und trifft Abklärungen betreffend die Schaffung von möglichen Asylzentren. So ist diesbezüglich im November 2014 auch der Kanton Basel-Landschaft bzw. Liestal als mögliche Standortgemeinde kontaktiert worden. Der Stadtrat hatte sich bereit erklärt, sich mit einer kritisch konstruktiven Haltung an der Standortsuche zu beteiligen. Aus staatspolitischen Gründen hatte es der Stadtrat grundsätzlich verworfen, sich einfach vor dieser Aufgabe zu drücken, denn wenn dies alle Gemeinden tun würden, könnte die Asylgesetzrevision gar nicht umgesetzt werden. Der Stadtrat hatte aber stets betont, dass ein solches Zentrum in Liestal nicht auf strategisch wichtigem Areal realisiert werden kann. Der durchschnittliche Aufenthalt pro Person in einem solchen Verfahrenszentrum sollte max. 140 Tage umfassen. Für Liestal ist ein Zentrum für rund 350 Asylsuchen in Prüfung, wobei sich darin noch rund 120 Beschäftigte wie Betreuer, Rechtsanwälte usw. aufhalten. Die Gastronomie wird von externen Firmen sicher gestellt. Ein Verfahrenszentrum ist kein geschlossenes Zentrum, doch bestehen ganz klare Aufenthalts- und Ausgangszeiten. Den Bewohnern wird eine Tagesstruktur bzw. Beschäftigungsprogramme angeboten und zudem wird ein Sicherheitsdienst damit beauftragt, für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Ein solcher Sicherheitsdienst dürfte vermutlich auch dazu führen, dass von verschiedenen Einwohnern das subjektive Sicherheitsempfinden beispielsweise rund um den Bahnhof besser sein dürfte, als dies heute der Fall ist. Sollte ein Verfahrenszentrum in Liestal realisiert werden, so würde die Stadt Liestal von der Aufnahmequote für Asylsuchende befreit. Dies hätte zur Folge, dass das stadt eigene Asylheim WAL mit der Inbetriebnahme des Verfahrenszentrums geschlossen werden könnte und ab diesem Zeitpunkt würden der Stadt Liestal keine weiteren Asylsuchenden mehr zugeteilt. Aus finanzieller Sicht würden somit mittelfristig finanzielle Unterstützungsleistungen durch die Sozialhilfe wegfallen. Solche finanziellen Unterstützungen durch die Gemeinden sind nötig, wenn die Bundesbeiträge nach rund 7 Jahren wegfallen. Federführende Behörde bei der Standortsuche ist das Staatssekretariat für Migration und in Liestal steht insbesondere die Liegenschaft „Oristalstrasse 100“ im Fokus. Da dieses Gebäude aktuell von verschiedenen Nutzern wie bspw. vom Amt für Militär und Bevölkerungsschutz belegt wird, müssen vom Kanton als Eigentümerin unter anderem auch Lösungen für diese Mieter und Nutzniesser gefunden werden. Deshalb ist die Stadt nicht involviert, da sie weder Grundeigentümerin noch Betreiberin des Zentrums ist und somit von den Entscheiden anderer Behörden abhängig ist. Bei einer allfällig notwendigen Zonenplanänderung würde die Stadt und die zuständigen Behörden ihr Mitspracherecht im Rahmen der Planungshoheit selbstverständlich wahrnehmen können. Bis anhin hatte sich ein Unternehmer und ein Anwohner direkt mit konkreten Fragen an den Stadtrat Liestal gewandt. Diese Fragen hat der Stadtrat im Rahmen seiner Möglichkeiten direkt beantwortet. Der Stadtrat Liestal ist seiner Informationspflicht, wie erwähnt als nicht direkt beteiligte Partei und damit ohne Detailkenntnisse, immer nachgekommen. Einige Fragen der Interpellanten wird er etwas kürzer beantworten, da diese schon mit seinen vorgängigen Ausführungen beantwortet sein dürften.

Antwort zur Frage 1: Das Staatssekretariat für Migration und der Kanton Basel-Landschaft sind im direkten Kontakt zur Prüfung des Standortes „Oristalstrasse 100“ in Liestal. Details des Abklärungsstandes sind der Stadt nicht bekannt. Wenn das Geschäft betreffend dem Verfahrenszentrum-Standort für die Nordwestschweiz konkretisiert werden kann, wird eine Absichtserklärung zwischen dem Bund, den vier beteiligten Kantonen und den Standortgemeinden unterzeichnet.

Antwort zur Frage 2: Der Stadtrat hat während des ganzen Verfahrens wiederholt betont, dass für ihn nur ein Standort ausserhalb der strategischen Entwicklungsgebiete in Frage kommt.

Antwort zur Frage 3: Seitens Stadt Liestal kam es zu keinen Indiskretionen.

Antwort zur Frage 4: Sobald die Stadt Liestal neue Erkenntnisse und offizielle Informationen erhält, wird er über die üblichen Kommunikationskanäle den Einwohnerrat und die Bevölkerung informieren.

Antwort zur Frage 5: Ja, gemäss den kantonalen Auskünften wird mit der Eröffnung des Verfahrenszentrums das bestehende Asylwohnheim Benzbur geschlossen.

Antwort zur Frage 6: Ja, die Verpflichtung für die Aufnahme von Asylbewerbern entfällt für Gemeinden mit einem Verfahrenszentrum.

Antwort zur Frage 7: Als mögliche Effekte und Beispiele können aufgeführt werden: Die Aufnahmequote für Liestal als Standortgemeinde eines Verfahrenszentrums würde entfallen; das stadt eigene Asylheim könnte demnach geschlossen werden und auch die Sozialkosten nach Ablauf der Bundesvergütung würden wegfallen; die öffentlichen Schulen dürften geringer belastet werden; es werden Arbeitsplätze im Bereich der Zulieferer, Versorgung, Unterhalt usw. geschaffen; die KESB würde sicher auch eine Entlastung erfahren.

Antwort zur Frage 8: Die Kosten für flankierende Massnahmen müssten vom Bund übernommen werden, was im vorerwähnten Vertrag bzw. der Absichtserklärung noch geregelt werden müsste.

Hanspeter Meyer (SVP) hält fest, dass die Interpellanten mit den Antworten des Stadtrates grundsätzlich zufrieden sind, jedoch die Diskussion wünschen.

Ratspräsident Heinz Lurf (FDP) teilt nach erfolgter Umfrage mit, dass im Rat die Diskussion unbestritten ist.

Hanspeter Meyer (SVP) findet es als Interpellant wichtig, dass sich heute der Rat zu diesem wichtigen Geschäft äussern kann. Das Schwarzpeter-Spiel betreffend den Asylzentren wird weltweit gespielt und er hat schon das Gefühl, dass diejenigen Gemeinden die Zentren erhalten, welche sich zu wenig wehren. Wenn aber die wichtigen Bedingungen der Gemeinden klar geregelt werden können, ist auch seine Fraktion der Meinung, dass die Stadt Liestal Hand bieten sollte. Mühe bekundet man aber mit der ganzen bisherigen Informationspolitik betreffend dem Zentrum im Oristal. Wenn die Realisierung des Zentrums tatsächlich noch einer Zonenplanänderung bedarf, so dürfte das Verfahren doch länger Zeit dauern. Er bedankt sich für die heutigen ersten Informationen des Stadtrates.

Bruno Imsand (FDP) teilt als Mitunterzeichner der Interpellation mit, dass seine Fraktion die offene stadrätliche Haltung unterstütze und für die Informationen an der heutigen Sitzung danke. Und betreffend der Information erinnert er sich an einen Mann, welcher gesagt hatte, dass er weiss, dass er nichts weiss. Auch für die Bevölkerung könnte es interessant sein, wer bei diesem Geschäft den Lead hat und weshalb der Stadtrat beispielsweise nicht über Konkreteres berichten kann.

Bernhard Bonjour (SP) führt aus, dass auch seine Fraktion für die erhaltenen Informationen dankbar ist und eine offene sowie schnelle Kommunikation im Zusammenhang mit dem diskutierten Zentrum ist begrüssenswert. Ängste sollte man ernst nehmen, wobei man keine zusätzlichen Ängste für einen billigen Wahlkampf schaffen sollte. Seine Fraktion nimmt deshalb erfreut davon Kenntnis, dass auch die Interpellanten die offene Haltung des Stadtrates betreffend einem Asylzentrum unterstützen. So kann und darf man auch stolz darauf sein, dass Liestal eine etwas andere Haltung als viele andere Gemeinden einnimmt. Gemäss ersten Erfahrungen in Zürich ist es sehr wichtig, dass die Asylbewerber sinnvoll beschäftigt werden, was schlussendlich auch für eine Standortgemeinde von Nutzen sein kann. Ein Verfahrenszentrum für Asylbewerber sollte deshalb nicht nur als Problem, sondern auch als Chance angesehen werden.

Anna Ott (GL) sagt, auch ihre Fraktion sei froh darüber, dass man heute über dieses Thema diskutieren kann. Auch nehme man wohlwollend zur Kenntnis, dass sich die Interpellanten nicht gegen ein Verfahrenszentrum wehren und die stadträtliche Stellungnahme sowie Haltung unterstützen. Seit Wochen ist in den Medien die Asylproblematik ein Hauptthema und die Aussagen sowie Forderungen von einzelnen Parteien machen schon etwas Angst. Ihre Fraktion freut es, dass der Stadtrat und die Stadt Liestal Verantwortung übernehmen will und einen Beitrag für eine gut funktionierende Asylpolitik leisten will.

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

Erledigt nach der stadträtlichen Beantwortung der Interpellation Nr. 2015/191.

283 0.01.011.01 Einwohnerrat

2. Protokoll der Ratssitzung vom 29. April 2015

Ratspräsident Heinz Lurf (FDP) informiert darüber, dass beim Büro keine Änderungsanträge betreffend dem Protokoll der Ratssitzung vom 29. April 2015 eingegangen sind. Er kann feststellen, dass zum Geschäft und dem Protokoll aus der Ratsmitte keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Das Protokoll der Ratssitzung vom 29. April 2015 wird einstimmig genehmigt.

284 0.01.011.01 Einwohnerrat

3. Wahl des Ratsbüros für das Amtsjahr 2015/2016 (Nr. 2015/185)

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) informiert über den Ablauf bzw. die Behandlung der heutigen Wahlgeschäfte, wie er vom Büro vorbesprochen wurde:

- Das Präsidium und Vizepräsidium sind schriftlich zu wählen.
- Die übrigen Büromitglieder können offen und gesamthaft gewählt werden. Die Vorlage Nr. 2015/185 mit den Wahlvorschlägen der Fraktionen ist an der heutigen Ratssitzung als Tischpapier verteilt worden.
- Das Verteilen und Einsammeln der Wahlzettel geschieht durch das Wahlbüro bzw. die vorgängig bezeichneten Stimmzähler.
- Während der Auszählung der Wahlzettel durch das Wahlbüro werden im Rat das Geschäft „Rechnung 2014“ sowie die weiteren Traktanden behandelt.
- Nach Bekanntgabe der Wahlresultate erfolgt die nächste Wahl.

Nach erfolgter Umfrage kann vom Ratspräsidenten festgestellt werden, dass der Rat dem vom Büro vorgeschlagenen Wahlprozedere stillschweigend zustimmt.

a) Präsidium

Anna Ott (GL) stellt Meret Franke als vorgeschlagene Einwohnerratspräsidentin 2015/2016 vor: Für die Grüne Fraktion ist es eine grosse Freude, dem Rat heute Meret Franke als Ratspräsidentin vorschlagen zu können. Mit ihrem Alter von 30 Jahren liegt sie nicht nur ziemlich genau im Altersdurchschnitt ihrer Fraktionsmitglieder, sondern bildet als berufstätige Mutter mit zwei Kindern auch sehr gut die Wählerschaft der Grünen ab. Erfreulich ist zudem, dass nach acht Jahren wieder einmal eine Frau den Einwohnerrat präsidieren kann. Meret Franke wäre bei einer Wahl auch die jüngste Ratspräsidentin in der Geschichte des Einwohnerrates Liestal. Trotz des jungen Alters ist sie politisch schon sehr erfahren und kennt den Ratsbetrieb bestens, war sie seit ihrem Amtsantritt vor sieben Jahren schon rund die Hälfte dieser Amtszeit im Ratsbüro. Als Umweltingenieurin arbeitet sie als Projektleiterin beim Projekt Hintergarten im Gundeli in Basel. Nebst ihrem Engagement im Einwohnerrat und den Grünen Liestal engagiert sie sich auch im Vorstand von Pro Natura Baselland. Man kennt sie auch von der Pfadi und den von ihr durchgeführten Stedtliführungen bestens. Sie ist im Uetental aufgewachsen und wohnt dort auch heute mit ihrer Familie und den Haustieren. Erwähnt sei auch, dass sie nach ihrem Grossvater und Vater wohl auch die erste Einwohnerrätin sein wird, welche den Einwohnerrat als dritte Präsidentin aus einer Familie leiten wird. Dies wird sie sicher mit der von ihr bekannten begeisternden, gewissenhaften und konstruktiven Art tun. Ihre Fraktion empfiehlt dem Rat die Wahl von Meret Franke.

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) stellt fest, dass keine weiteren Wahlvorschläge unterbreitet oder Wortbegehren angemeldet werden.

Das Resultat der geheimen Wahl lautet wie folgt:

- Eingelegte Wahlzettel:	35
- Ungültige und leere Wahlzettel:	3
- Gültige Wahlzettel:	32

://: Meret Franke (GL) wird mit 32 Stimmen für das Amtsjahr 2015/2016 als Einwohnerratspräsidentin gewählt.

Meret Franke (GL) freut sich über die Wahl zur Einwohnerratspräsidentin und erklärt die Annahme der Wahl.

Stadtpräsident Lukas Ott überreicht der Neugewählten namens des Stadtrates einen Blumenstrauss und wünscht ihr viel Glück in ihrem Amtsjahr als Einwohnerratspräsidentin.

b) Vize-Präsidium

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) informiert darüber, dass sich Ratsmitglied Beat Gränicher wegen Ferienabwesenheit für die heutige Sitzung entschuldigen lassen musste. Die Anwesenheit von zur Wahl vorgeschlagenen Ratsmitgliedern ist nicht zwingend erforderlich und auch die Wahlannahme muss nicht zwingend von den Gewählten bestätigt werden.

Hanspeter Meyer (SVP) hält fest, dass die SVP-Fraktion Beat Gränicher als Vizepräsidenten des neuen Amtsjahres vorschläge. Den Vorgeschlagenen wird er aus bekannten Gründen heute nicht im Detail vorstellen, da dieser ja den Ratsmitgliedern zudem bereits bestens bekannt sein dürfte.

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) stellt fest, dass keine weiteren Wahlvorschläge unterbreitet oder Wortbegehren angemeldet werden.

Das Resultat der geheimen Wahl lautet wie folgt:

- Eingelegte Wahlzettel:	35
- Ungültige und leere Wahlzettel:	3
- Gültige Wahlzettel:	32

://: Beat Gränicher (SVP) wird mit 31 Stimmen für das Amtsjahr 2015/2016 als Vizepräsident des Einwohnerrates gewählt. Eine Stimme hat Diego Stoll erhalten.

c) Wahl übrige Ratsbüromitglieder

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) hält fest, dass die von den Fraktionen nominierten übrigen Büromitglieder in der Vorlage Nr. 2015/185 aufgelistet sind, welche vorgängig der heutigen Ratssitzung als Tischpapier verteilt wurde.

Nach Umfrage kann er als Präsident feststellen, dass sich der Rat damit einverstanden erklären kann, dass die übrigen Büromitglieder offen und gesamthaft gewählt werden.

://: Gemäss den Vorschlägen der Fraktionen werden einstimmig als Ratsbüromitglieder für das Amtsjahr 2015/2016 gewählt:

Ordentliche Mitglieder:

Bonjour Bernhard (SP)
Fischer Werner (FDP)
Fraefel Stefan (CVP/EVP/GLP)
Jeitziner Karin (FDP)
Mägli Patrick (SP)

Ersatzmitglieder:

Kaufmann Lisette (GL)

Küng Peter (SP)

Meyer Denise (SVP)

Schäublin Max (FDP)

Wunderlin Verena (CVP/EVP/GLP)

285 0.01.011.01 Einwohnerrat

4. Ersatzwahlen in einwohnerrätliche Kommission (Nr. 2015/186)

Ratspräsident Heinz Lurf (FDP) informiert darüber, dass die Vorlage Nr. 2015/186 an der heutigen Ratssitzung als Tischpapier verteilt worden ist.

Er kann feststellen, dass zum Geschäft keine Wortbegehren angemeldet werden und sich der Rat damit einverstanden erklären kann, dass die vorgeschlagenen Kommissionsmitglieder offen und gesamthaft gewählt werden.

://: Gemäss Wahlvorschlägen der Fraktionen werden einstimmig folgende Ratsmitglieder in die einwohnerrätlichen Kommissionen gewählt:

Bau- und Planungskommission (BPK)

- Rudin Markus (SVP) anst. Gränicher Beat als Mitglied
- Gränicher Beat (SVP) anst. Rudin Markus als Ersatzmitglied

Geschäftsprüfungskommission (GPK)

- Durrer Michael (GL) anst. Baumgartner Verena als Mitglied
- Meyer Hanspeter (SVP) anst. Ambühl Georg als Ersatzmitglied

Finanzkommission (FIKO)

- Imsand Bruno (FDP) anst. Schäublin Max als Mitglied
- Ott Anna (GL) anst. Ruesch Corinne als Ersatzmitglied
- Schäublin Max (FDP) anst. Imsand Bruno als Ersatzmitglied
- Schafroth Hans-Rudolf (SVP) anst. Meyer Denise als Ersatzmitglied

Sozial-, Bildungs- und Kulturkommission (SBK)

- Baumgartner Verena (GL) anst. Ruesch Corinne als Präsidentin
- Meyer Denise (SVP) anst. Meyer Hanspeter als Vize-Präsidentin
- Ambühl Georg (SVP) anst. Meyer Denise als Ersatzmitglied
- Durrer Michael (GL) anst. Baumgartner Verena als Ersatzmitglied

286 0.01.011.01 Einwohnerrat

5. Rechnung 2014 – Berichte Stadtrat und Finanzkommission (Nr. 2015/182)

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) informiert darüber, dass vom Büro für die Behandlung des Geschäfts folgender Ablauf definiert wurde:

- a) Eintreten
- b) FIKO-Bericht
- c) Stadtrat
- d) Fraktionssprecher
- e) Einzelsprecher
- f) Abstimmung

* * * * *

a) Eintreten

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

b) FIKO-Bericht

Daniel Spinnler (FDP) stellt als Präsident der Finanzkommission den Kommissionsbericht gemäss Vorlage Nr. 2015/182a vor: Nebst dem Budget 2015 ist auch die Rechnung 2014 auf das neue harmonisierte Rechnungsmodell HRM2 umgestellt worden, womit auch ein Vergleich mit anderen Gemeinden künftig besser möglich sein wird. Die Umstellung von HRM1 auf HRM2 wurde erfolgreich abgeschlossen. Beim stadträtlichen Antrag betreffend einer Verrechnung der BLPK-Schuld mit dem Bilanzüberschuss geht es um sehr viel Geld. Die FIKO kann sich mit der vom Stadtrat vorgeschlagenen Methode einverstanden erklären, welche auch der neuen gesetzlichen Grundlage entspricht. Erfreulicherweise kann Liestal die Rechnung 2014 mit einem Überschuss vorlegen, wenn sich dieser auch nur auf CHF 159'000.-- beläuft. Mit der Selbstfinanzierung von rund CHF 2,4 Mio. wurde hingegen das angestrebte Ziel von CHF 4,2 Mio. nicht erreicht. Auch das Ziel der geplanten Investitionen von durchschnittlich CHF 4,0 Mio. wurde mit CHF 1,1 Mio. nicht erreicht. Mit Gutheissung des Investitionskredites von 11,5 Mio. Franken für die Frenken-Schulhaussanierung bei der Abstimmung vom 14. Juni 2015 dürfte das durchschnittliche Investitionsvolumen in den nächsten Jahren wohl wieder erreicht werden können. Das verzinsliche Fremdkapital liegt neu bei CHF 41,9 Mio., wobei zu beachten ist, dass die Erhöhung von rund CHF 10 Mio. mit der neuen Bruttoverrechnung der Steuerforderungen begründet werden kann. Mit dem Anhang zum FIKO-Bericht hat man eine gute Übersicht betreffend der Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde KESB erhalten. Der Bericht vom 12. Mai 2015 zeigt auf, dass das grosse Delta beim Personalaufwand der Amtsvormundschaft liegt. Der KESB-Aufwand liegt rund eine Viertelmillion über den früheren Kosten. Auch der Bericht vom 06. Mai 2015 bzw. Anhang zum FIKO-Bericht betreffend der Parkplatzbewirtschaftung ist recht informativ und ermöglicht die Abgabe der Handlungsempfehlung an den Stadtrat, dass spätestens bei der Beschaffung von neuen Parkuhren geprüft werden sollte, ob nicht beispielsweise eine Umstellung auf die blaue Zonen sinnvoller wäre. Basierend auf dem Bericht der ROD-Revisionsstelle ist vom Stadtrat bereits zugesichert worden, dass er das Nötige bzgl. der Führung von Listen im Zusammenhang mit den Arbeitsvergaben veranlassen wird. Gemäss Empfehlung der Firma ROD wird die FIKO noch einen weiteren Bericht bei der Sozialberatung einholen, nachdem sich die Situation in dieser Abteilung anscheinend beruhigt hat. Basierend auf dem Bericht der Revisionsstelle und Zusicherung des Stadtrates, wird ebenfalls die Velostation-Leistungsvereinbarung erneuert, damit die Kosten der Stadt Liestal reduziert werden können.

Nach wie vor ausstehend sind die stadträtlichen Vorlagen betreffend dem GEP und GWP, obwohl diese dem Einwohnerrat bis im Juni 2015 hätten vorlegt werden sollen. Erstaunt habe ihn nun die stadträtliche Vorlage Nr. 2015/189 betreffend einem Kreditbegehren von rund CHF 440'000 für die GEP-Revision doch etwas, welche auf die heutige Sitzung traktandiert wurde. Dieser Betrag wird anscheinend für weitere Vorabklärungen im Zusammenhang mit dem GEP-Geschäft nötig. Er ist deshalb gespannt auf die Zusatzinformationen des Stadtrates im Zusammenhang mit dem neuen GEP-Kreditbegehren. Die ROD-Revisionsstelle und auch die FIKO beantragen dem Rat die Genehmigung der Rechnung 2014. Im Dezember hatte der Stadtrat noch mit einem Millionen-Defizit gerechnet und dieser Fall ist glücklicherweise nicht eingetreten, kann nun doch ein positives Ergebnis ausgewiesen werden. Die FIKO beantragt dem Rat einstimmig, den stadträtlichen Anträgen zuzustimmen und die Rechnung 2014 zu genehmigen. Dem Stadtrat und der Verwaltung möchte er an dieser Stelle nochmals für die geleisteten Arbeiten im Zusammenhang mit der HRM2-Umstellung sowie dem Abschluss der Rechnung 2014 bestens danken.

c) Stadtrat

Stadtpräsident Lukas Ott dankt dem FIKO-Präsidentin Daniel Spinnler und dessen Kommissionsmitgliedern für die Würdigung der Rechnung 2014. Hält man im Kanton Umschau, so kann man feststellen, dass einige Gemeinden mit positiven und auch negativen Abschlüssen überrascht hatten. Liestal sticht aber doch mit einer Ziellandung hervor, schliesst die Rechnung doch mit dem erwarteten Ergebnis ab. Wie bereits vom FIKO-Präsidenten erwähnt, hatte man Ende 2014 noch befürchtet, dass man die Rechnung mit einem Negativ-Ergebnis von bis zu 2 Mio. Franken vorlegen muss, doch haben sich diese Befürchtungen dank den guten Steuererträgen der Vorjahre, der Einflussnahme des Stadtrates und auch den Bemühungen der Geschäftsleitung unter der Federführung von Stadtverwalter Benedikt Minzer nicht bewahrheitet. In der Sozialhilfe musste man letztes Jahr eine Fallsteigerung von über 20 % verzeichnen, doch sind in Liestal zudem die durchschnittlichen Sozialhilfekosten pro Fall sehr hoch. Dabei spielen verschiedene Faktoren eine Rolle, die vom Stadtrat im Zusammenhang mit dem Vorstoss Nr. 2015/178 bezüglich den Sozialhilfeausgaben ebenfalls noch genauer zu prüfen sind. Wie bereits an der Gemeindeversammlung in Laufen vor wenigen Tagen kommuniziert wurde, geht es wohl schon in die Richtung, dass von den sehr stark betroffenen Gemeinden eine Gemeinde-Initiative lanciert und eingereicht wird. Die Investitionen im 2014 waren unterdurchschnittlich, doch wird sich dies ja mit der anstehenden Sanierung der Schulanlage Frenke mit dem beschlossenen Investitions- und Baukredit von 11,5 Mio. Franken sehr schnell ändern. Das einstimmige Abstimmungsergebnis hier im Rat und auch das Resultat bei der Abstimmung vom 14. Juni 2015 betreffend diesem Kredit war ja sehr erfreulich, wofür er an dieser Stelle auch dem Einwohnerrat danken möchte. Die HRM2-Umstellung war tatsächlich eine grosse Herausforderung, doch möchte er an dieser Stelle dies nicht auch nochmals inhaltlich ausführen. Er bedankt sich für das Lob der FIKO sowie der ROD-Revisionsgesellschaft und gibt diesen Dank auch gleich an Herrn Thomas Kunz als Bereichsleiter der Finanzen weiter.

d) Fraktionssprecher

Peter Küng (SP) führt aus, dass es man im letzten Herbst von schlechten Prognosen betreffend dem Rechnungsabschluss 2014 ausgehen musste und diese hatten sich schlussendlich nicht bewahrheitet. Seine Fraktion kann der Aussage im Kommissionsbericht betreffend der Zufallsrechnung nicht zustimmen und möchte vielmehr dem Stadtrat und der Verwaltung für die geleistete gute Arbeit den besten Dank aussprechen. Nach der HRM2-Umstellung sind die Budgets und Rechnungen doch wesentlich besser lesbarer und verständlicher geworden. Bei den Spezialfinanzierungen ist tatsächlich Handlungsbedarf vorhanden und so müsste man sich doch nun ernsthaft mit Gebührensenkungen befassen und nun sich doch auch hier im Rat langsam aber sicher mit den längst in Aussicht gestellten neuen Reglementen aus-

einandersetzen können. Den Anträgen des Stadtrates sowie der FIKO wird man zustimmen und allen Involvierten den besten Dank aussprechen, die zum guten Rechnungsergebnis und erfolgreichen HRM2-Umstellung beigetragen haben.

Hanspeter Meyer (SVP) teilt mit, dass viele nennenswerte Punkte von den Vorrednern bereits erwähnt wurden. Auch die SVP-Fraktion nehme wohlwollend Kenntnis von den erfreulichen Rechnungsergebnissen. Er möchte an dieser Stelle doch auch einmal für die gute Zusammenarbeit in der FIKO danken, denn trotz verschiedenen Meinungen findet man schlussendlich immer wieder einen Konsens. Künftig ist insbesondere der Sozialhilfekosten-Entwicklung, den Abfallgebühren sowie den Spezialfinanzierungen Wasser und Abwasser die gebührende Beachtung zu schenken. Die Anträge der FIKO wird man ebenfalls unterstützen.

Roman Schmied (GL) bemerkt, auch die Grüne Fraktion wird den Anträgen der FIKO zustimmen. Dass eine Rechnung mit einem Budget von CHF 75 Mio. nur gerade mit einem Betrag von rund TCHF 150 abweicht, ist rein statistisch gesehen schon gar nicht möglich. Dies kann auch nicht mit einem Zufall begründet werden, sondern ist wohl eher auf eine gute Arbeit des Stadtrates und der Verwaltung zurückzuführen.

Rolf Gutzwiller (CVP/EVP/GLP) erklärt, auch er möchte auf Wiederholungen verzichten und sich dem Lob und Dank der Vorredner anschliessen. Persönlich hatte er an den FIKO-Sitzungen immer ein gutes Gefühl gehabt, konnten doch verschiedene Fragen offen und transparent thematisiert werden. Seine Fraktion wird die stadträtlichen Anträge unterstützen.

Bruno Imsand (FDP) teilt mit, auch die FDP-Fraktion habe das Rechnungsergebnis 2014 wohlwollend zur Kenntnis genommen. Man hatte gespart und ist haushälterisch mit dem Geld umgegangen, weshalb sich die schlechten Prognosen schlussendlich auch nicht bewahrheitet hatten. Dieses Ergebnis war insbesondere auch wegen einmaligen Steuereinnahmen möglich. Vor einem Investitionsstau bzw. versteckten Schulden möchte man aber dennoch warnen. Seine Fraktion wird die Anträge des Stadtrates und der FIKO ebenfalls einstimmig unterstützen.

e) Einzel Sprecher

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) führt aus, dass er sich bzgl. der Rechnungsführung ein paar Gedanken gemacht habe. In der FIKO habe man ein gutes Gefühl, dass Stadtrat und Verwaltung seriös schaffen. Es ist wichtig, dass man sich immer wieder darüber Gedanken macht, was man besser machen oder weiterentwickeln könnte. So möchte er bezüglich dem erwähnten Investitionsstau darauf hinweisen, dass ein zusätzlicher Personalbedarf bei einem späteren Nachholbedarf die Folge sein könnte, damit die Investitionen realisiert werden können. Bei der Planung der Investitionen müsste deshalb auch eine Kontinuität bzgl. dem Personalbedarf angestrebt werden. Auch werden in der Folge der aktuellen regen Bautätigkeiten nebst höheren Steuererträgen, dem Bevölkerungszuwachs usw. auch Sprungfixkosten betreffend den Gemeindeinfrastrukturen auf Liestal zukommen, welche bei den Planungen mitberücksichtigt werden sollten. Auch möchte er bezüglich der Lohnpolitik einmal mehr erwähnen, dass mit den automatischen Stufenanstiegen faktisch auch versteckte Lohnerhöhungen passieren. Diesbezügliche Änderungen sollten vom Stadtrat doch auch einmal geprüft werden. Mit der HRM2-Umstellung werden die Zahlen in der Bilanz usw. neu dargestellt, doch gibt es nach wie vor kein Instrument, welches den finanziellen Stand von Liestal darstellt. Erfreulicherweise verfügt man aber nach der Umstellung zumindest über eine Anlagebuchhaltung, was insbesondere bei der Investitionsplanung dienlich sein dürfte. Die Ausführungen des Stadtrates im vorderen rosaroten Teil der Rechnung beschränken sich wesentlich nur auf die Einwohnerkasse, doch sollte dies auch ausführlicher für die Spezialfinanzierungen getan werden.

f) Abstimmung

Ratspräsident Heinz Lurf (FDP) stellt fest, dass die Anträge des Stadtrates gemäss Seite 9/51 der Vorlage Nr. 2015/182 von der FIKO einstimmig unterstützt werden und keine weiteren Anträge vorliegen.

://: Der Einwohnerrat genehmigt einstimmig die Verrechnung des PK-Bilanzfehlbetrages im Betrag von CHF 2'168'659.85 mit dem vorhandenen Bilanzüberschuss (Eigenkapital).

://: Die Rechnung 2014, bestehend aus der Einwohnerkasse, den Spezialfinanzierungen, dem Finanzvermögen und der Bilanz wird einstimmig genehmigt.

287 0.01.011.01 Einwohnerrat

6. Arealentwicklung Postareal und Allee - Studienauftrag, Kreditbewilligung mit Sondervorlage (Nr. 2015/187)

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) informiert darüber, dass das Büro dem Einwohnerrat die Direktberatung der stadträtlichen Vorlage vorschläge, wozu sich nun die Ratsmitglieder äussern möchten.

Stadtpräsident Lukas Ott spricht sich stellvertretend für den abwesenden Stadtrat Franz Kaufmann dafür aus, dass die Vorlage Nr. 2015/187 an der heutigen Sitzung direkt beraten wird. Rund um den Bahnhof konnte eine Entwicklung in Gang gesetzt werden und es ist äusserst wichtig, dass dabei das Postareal und die angrenzende Allee davon nicht ausgeklammert werden, sind diese doch wichtige Schlüsselstellen vom Bahnhof ins Stedtl. Es stehen weitere öffentliche Interessen im Zusammenhang mit der erwähnten Planung zur Diskussion. Damit sich der Stadtrat gleich von Anfang einbringen kann, müsste der Rat an der heutigen Sitzung auch den beantragten Kredit als Beitrag an den Studienauftrag bewilligen. Es tut dem Stadtrat leid, dass der benötigte Kredit nicht im Budget eingestellt wurde, denn in diesem Fall hätte man gar nicht mit einer Sondervorlage in den Einwohnerrat kommen müssen.

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) bittet darum, dass man sich im Moment nur zur Direktberatung und Überweisung der Vorlage äussere und keine inhaltlichen Diskussionen betreffend der stadträtlichen Vorlage führe.

Pascal Porchet (FDP) stellt fest, dass er sich mit den Ausführungen des Stadtpräsidenten einverstanden erklären kann und den Fluss des Projektes auch nicht bremsen möchte. Er selbst habe jedoch eine andere Betrachtungsweise, denn die BPK wird immer wieder von Investoren im Zusammenhang mit Quartierplanungen unter Druck gesetzt und im Zusammenhang mit der unterbreiteten Vorlage nun gar noch vom Stadtrat selbst. In der stadträtlichen Vorlage wird festgehalten, dass die Planungen und Projekte auf allen Ebenen mit den Beteiligten wie SBB, Kanton, Post, Stadt und Private auf einander abgestimmt und koordiniert werden sollen. Und mit der Stadt dürfte auch der Einwohnerrat gemeint sein. Ihm stellen sich Fragen betreffend der Perimeterlinie, den involvierten Gebieten bzw. Flächen, den Verkehrsflüssen, Plätzen, Gewässern, Inputs und Begehrlichkeiten der Bevölkerung etc., welche doch noch in der BPK thematisiert werden sollten. In welcher Phase kann sich denn der Einwohnerrat einbringen, damit seine Meinung noch in der Testplanung mitberücksichtigt werden kann? Die städtebauliche Gesamtkoordination der Planungen und Projekte gemäss zweitem Antrag findet er auch sehr wichtig, doch sollte sich der einwohnerrätliche Einfluss aktuell nicht nur auf die Bewilligung von verschiedenen Krediten beschränken. Er stellt deshalb den Antrag, dass die Vorlage an die Bau- und Planungskommission (BPK) zur Vorberatung überwiesen wird.

Stadtpräsident Lukas Ott weist darauf hin, dass er die Fragen von Ratsmitglied Pascal Porchet schon an der heutigen Ratssitzung beantworten könnte.

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) sagt, er lasse nun darüber abstimmen, ob die Vorlage direkt beraten oder aber an die BPK zur Vorberatung überwiesen werden soll.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) stellt den Ordnungsantrag, dass vor einer Abstimmung die Fragen von Pascal Porchet noch vom Stadtpräsidenten beantwortet werden sollten.

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) entnimmt dem Stillschweigen der Ratsmitglieder, dass sich der Rat mit diesem Vorgehensvorschlag einverstanden erklären kann.

Stadtpräsident Lukas Ott dankt dafür, dass er sich noch zu den Fragen von Pascal Porchet äusseren und ergänzende Angaben machen kann. Wichtig ist doch, dass vom Fragesteller die Arealentwicklung beim Postareal und der Allee ebenfalls unterstützt wird und somit dem Stadtrat den Rücken stärkt. Auch ist es ein gemeinsames Anliegen und Bedürfnis, die Interessen der Bevölkerung bei der Planung einzubringen. Am Schluss muss das Ganze betreffend dem angesprochenen Verkehr, der Koordination der Areale, den Nutzungen usw. auch funktionieren und sehr gut ausbalanciert sein. Und so braucht es in einem möglichst frühen Zeitpunkt eine sorgfältige Auseinandersetzung damit, wie das Ganze schlussendlich vollzogen und umgesetzt werden kann. In diesem Sinn ist es doch begrüssenswert, dass man beispielsweise beim Bahnhof eine städtebauliche Studie gemacht hatte, bevor man überhaupt in das formelle QP-Verfahren eingestiegen war. Dieselbe Vorgehensweise soll nun auch beim Postareal passieren, denn mit diesem freiwilligen Verfahren sollen die Vorbedingungen geklärt werden, was doch zur Qualitätssicherung beiträgt. Das planerische formelle Verfahren wie bei den anderen QP's wird dann erst im Anschluss daran passieren. In dem Vorverfahren wird versucht, das Potential der Areale innerhalb des Perimeters in jeglicher Hinsicht ins Visier zu nehmen. Mit dieser Grundlagenerarbeitung ist später auch die Durchführung eines Architekturwettbewerbes und der Einstieg in das Quartierplanverfahren möglich. Beim QP-Verfahren wird dann auch eine öffentliche Mitwirkung, die kantonalen Vorprüfungen usw. stattfinden, bevor das Geschäft in den Einwohnerrat kommt. Nach der einwohnerrätlichen Beratung und Beschlussfassung findet dann noch die Planaufgabe statt, wo man sich noch einbringen kann. Der Einwohnerrat hat deshalb noch verschiedenste Gelegenheiten, sich bei der Planung einzubringen. Im jetzigen Stand des Verfahrens zeichnet jedoch der Stadtrat als Planungsbehörde für die Federführung verantwortlich. Die verschiedenen Interessen, welche beim Studienauftrag zu prüfen sind, wurden vom Stadtrat auf dem Situationsplan bzw. der Beilage zur Vorlage Nr. 2015/187 aufgeführt. So ist daraus ersichtlich, dass auch dem Stadtrat der Neubau des Postareals, die Gestaltung der Allee, die Renaturierung des Orisbach usw. wichtig sind. Die Wichtigkeit der Verbindungsfunktion vom Bahnhof zum Stedtli durch die beiden Areale Post und Allee ist bereits bei einem früheren Vorstoss hier im Rat thematisiert und beantwortet worden. Auf dem Situationsplan wird auch der Bearbeitungssperimeter des Studienauftrages ausgewiesen, in welchem bspw. auch unbebaute Flächen und offene Räume ausgewiesen werden, mit welchen sich die Planer auseinandersetzen können. Im Zusammenhang mit dem Bahnhofareal wird es in raschen Schritten vorangehen und dem Rat wird bereits im Herbst eine Quartierplanung zur Beratung und Beschlussfassung unterbreitet werden können. Damit die angrenzende Arealentwicklung bei der Post und Allee keine Verzögerungen erfährt, möchte er den Rat ermuntern, an der heutigen Sitzung den stadrätlichen Anträgen betreffend dem Studienauftrag zuzustimmen.

Daniel Spinnler (FDP) legt dar, dass der Überschuss der Rechnung 2014 in etwa dem Betrag der beantragten Kredite entspricht, welche vom Rat nun innert 10 Minuten bewilligt werden sollen. Es wäre doch gut, wenn die Ideen der Ratsmitglieder bzw. BPK bereits beim Studienauftrag mitberücksichtigt werden könnten, denn wenn dem Rat der Quartierplan als Endprodukt zur Genehmigung unterbreitet wird, kann meist nicht mehr viel geändert werden. In der Vergangenheit hatte der Rat bei verschiedenen QP's schlussendlich faktisch kaum mehr die Möglichkeit, wegen Zeitknappheit usw. noch Änderungen zu beschliessen, obwohl dies rechtlich möglich gewesen wäre. Bei den strategisch so wichtigen Gebieten wie bei der Post und Allee wäre es doch wichtig und sinnvoll, wenn man der BPK die Rahmenbedingungen des Studienauftrages etwas ausführlicher erörtern würde. Die stadrätliche Vorlage ist sehr technisch, kostet viel Geld und nach wie vor sind einige Fragen unbeantwortet.

Diego Stoll (SP) meint, er selbst hätte sicher auch einen Antrag für eine Überweisung der Vorlage gestellt, wäre bei ihm nur die geringste Befürchtung aufgekommen, dass man eine stadrätliche Vorlage hier im Rat schnell durchwinken wolle, obwohl diese noch inhaltliche Fragen aufwirft. Bei den stadrätlichen Anträgen geht es jedoch um die Durchführung eines Studienauftrages und das Ziel dieses Auftrages ist ja auch auf Seite 3 der Vorlage definiert. Der Rat kann sich sehr wohl noch zu diesem Geschäft äussern und die formulierten städte-

baulichen Rahmenbedingungen der Vorlage Nr. 2015/187 entsprechen auch den Diskussionspunkten und Inputs des Rates im Zusammenhang mit der stadträtlichen Beantwortung einer früheren Interpellation. Er kann ja das Geschäft durchaus auf die Traktandenliste der nächsten BPK-Sitzung setzen, doch spricht nichts dagegen, dass der Rat heute den beantragten Krediten zustimmt, damit der Studienauftrag vom Stadtrat in Auftrag gegeben werden kann. Das Geschäft könnte durchaus an der heutigen Sitzung direkt beraten werden.

Pascal Porchet (FDP) bemerkt, dass es sich beim Areal der Post und Allee um ein zentrales und elementares Filestück von Liestal handelt. Er kann sich den Ausführungen seines Vorredners anschliessen, möchte aber doch festhalten, dass sich in Liestal eine Eigendynamik betreffend der Behandlung von QP's entwickelt habe, die er demokratisch nicht in Ordnung finde. So finden mit der reglementarischen Ausnahmeregelung öfters die zwei Lesungen an ein und derselben Ratssitzung statt. Auch lässt man sich im Rat und auch in der BPK immer wieder unter zeitlichen Druck setzen. Einige QP's wurden im Rat durchgeprügelt, doch sind diese schlussendlich als Brachen übrig geblieben. Er zieht seinen Antrag betreffend der Überweisung der Vorlage an die BPK zurück, erhebt aber den Anspruch, dass die Vorlage Nr. 2015/187 auf die nächste BPK-Sitzung traktandiert wird. Die wertvollen Erkenntnisse der Kommissionsberatung sollen dann für die Ausarbeitung des Studienauftrages weitergegeben bzw. nachgeliefert werden.

Diego Stoll (SP) kann sich mit dem Vorgehensvorschlag seines Vorredners einverstanden erklären. Die BPK könnte ja seine Erkenntnisse der Kommissionsberatung auch in einem Bericht festhalten und diesen dem Rat zur gegebenen Zeit noch zur Kenntnis bringen.

Rolf Gutzwiller (CVP/EVP/GLP) führt aus, dass es die Mittefraktion begrüssenswert finde, dass der Stadtrat in diesem Gebiet aktiv wird. Es ist wichtig, dass man vorwärts macht und den beantragten Krediten zustimmt. Von seiner Fraktion möchte man noch Antworten zu folgenden Fragen: Wie steht es mit der Palazzo-Aussensanierung aus, obwohl dieses Gebäude nicht im Bearbeitungssperimeter liegt? Muss der Studienauftrag wirklich extern vergeben werden oder könnte nicht das Stadtbauamt selbst die gewünschten Entscheidungsgrundlagen sowie Vorschläge liefern, kümmert sich dieser Bereich gemäss Homepage der Stadt unter anderem auch um die bauliche Entwicklung von Liestal. Stehen den wegfallenden Parkgebühren-Einnahmen in der Allee von jährlich rund TCHF 100 künftig die Gebühreneinnahmen vom Post-Parkhaus gegenüber?

Ratspräsident Heinz Lurf (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass sich die Ratsmitglieder stillschweigend mit der Direktberatung der Vorlage Nr. 2015/187 einverstanden erklären könne.

Hanspeter Meyer (SVP) äussert, die SVP-Fraktion unterstütze grundsätzlich das weitere Vorgehen betreffend der diskutieren Arealentwicklung, doch überraschten die hohen Planungskosten für den Studienauftrag schon etwas. Trotz diesen Zweifeln und Bedenken wird man den stadträtlichen Anträgen zustimmen. Auch von seiner Fraktion werden noch einige Fragen bei der BPK-Beratung eingespiessen. Bereits heute möchte er aber festhalten, dass es für ihn nicht nachvollziehbar ist, weshalb das Lüdin-Pärkli nicht im Planungssperimeter liegt, obwohl man dies schon mehrmals diskutiert hatte.

Hanspeter Zumsteg (GL) bemerkt, die Arealentwicklung bei der Post und Allee sei tatsächlich von allgemeinem Interesse, wurde doch schon das Postulat Nr. 2012/219 „Elefantenbruggli“ vom Rat einstimmig an den Stadtrat überwiesen. Das Mitmachen der Post Immobilien AG sollte von der Stadt als Chance genutzt werden und die beantragten Kostenbeiträge der Stadt Liestal dürften gut investiertes Gel sein, weshalb die Grüne Fraktion den stadträtlichen Anträgen auch zustimmen wird. Wichtig ist zudem, dass die Stadt Liestal den Lead behält und auch bei den weiteren Abklärungen mitreden kann.

Thomas Eugster (FDP) legt dar, auch die FDP-Fraktion begrüsse im Grundsatz die Arealentwicklung rund um die Post und Allee, doch stellen sich ihm immer noch einige Fragen: Wie sieht das Verfahren und der weitere Prozess nun denn aus bzw. in welchem Zeitpunkt kann sich der Einwohnerrat zu diesem Geschäft wieder äussern? Wie sieht denn die Mittelverwendung betreffend dem Kreditbegehren von TCHF 33 aus und wer hat den Lead? Könnte der Stadtrat noch kurz den Projektbeschrieb sowie das weitere Vorgehen gemäss unterbreiteten Vorlage erörtern?

Stadtpräsident Lukas Ott nimmt zu den verschiedenen Fragen der Ratsmitglieder Stellung: Der Stadtrat hatte die Eigentümer des Palazzo im Zusammenhang mit der Bahnhofplanung schon sehr früh kontaktiert. Der Stadtrat ist der Meinung, dass das Palazzo und auch das Kantonsgericht als vertraute Gebäude gesetzt sind und erhalten bleiben sollen. Bei den weiteren Abklärungen ist zu beachten, dass das Palazzo Privateigentum ist und deshalb können von der Stadt auch nur ihre guten Dienste zur Verfügung gestellt werden. Betreffend dem beantragten Kredit von CHF 33'000.-- für die Gesamtkoordination kann festgestellt werden, dass man aktuell eine erhöhte Planungskadenz habe. Man ist sehr froh, dass man über eine aktive Verwaltung verfügt, doch ist man nun im Zusammenhang mit der Bahnhof-, Post- und Allee-Planung an einem Punkt angelangt, wo man verwaltungsintern an den Anschlag gelangt ist. Eine Gesamtkoordination ist sehr wichtig und so ist man froh über die externe Unterstützung durch einen erfahrenen Städteplaner. Die SBB investieren in Liestal in den nächsten Jahren 300 Mio. Franken für den Vierspurausbau sowie 200 Mio. Franken in die neuen Immobilien. Die Investitionen der Post dürften sich auf rund 70 Mio. Franken belaufen. Es ist deshalb wohl gerechtfertigt, dass die Stadt Liestal mit dem Betrag von 30'000 Franken die Interessen von Liestal wahr. Im Zusammenhang mit den Parkplätzen in der Allee ist es schlussendlich wohl wichtig, dass genügend Parkplätze rund um das Stedtli zur Verfügung stehen und mit oberirdischen Parkplätzen nicht anderes Potential beeinträchtigt wird. Alle weiteren Fragen betreffend dem Post-Parkhaus sind im Moment zu verfrüht und können noch nicht beantwortet werden. Er möchte aber darauf hinweisen, dass man im Zusammenhang mit dem Manor-Parkhaus der dezidierten Meinung war, dass es nicht zum Kerngeschäft des Stadtrates gehöre, dass die Stadt selbst Parkhäuser betreibt. Betreffend der von der SVP-Fraktion hinterfragten Betragshöhe habe er bereits vorgängig auf die Bedeutung der verschiedenen Areale sowie Bauvorhaben mit zugehörigen Preisetiketten hingewiesen. Und so handelt es sich bestimmt nicht um überbordende Beträge, die man ausgeben möchte, um möglichst gute Ideen dem Prozess mitgeben zu können. Im Zusammenhang mit dem Ablauf und Prozess möchte er nochmals festhalten, dass es noch verschiedene Gelegenheiten geben wird, in welchen man sich als Einwohnerratsmitglied und/oder auch als Einwohner einbringen kann. Die Vorstudien und -planungsverfahren werden schlussendlich in einem Quartierplan-Entwurf einmünden, welcher dann für die kantonale Vorprüfung dient. Beim anschliessenden Mitwirkungsverfahren können sich dann auch die Einwohnerratsmitglieder einbringen. Es werden sicher auch öffentliche Informationsveranstaltungen stattfinden. Nach einer Konsolidierung der Plangrundlagen wird dann der Quartierplan vom Stadtrat an den Einwohnerrat zur Beratung und Beschlussfassung überwiesen. Der vorgängig erwähnte Architekturwettbewerb wird ja durch die Bauherrschaft initiiert und beim vorliegenden sensiblen Projekt auch durchgeführt, wobei ein solcher auch parallel zur Quartierplanung in Angriff genommen werden kann.

Pascal Porchet (FDP) dankt für die geleistete Kommissionsarbeit an der heutigen Rats-sitzung sowie die Ausführungen des Stadtpräsidenten. Selbstkritisch muss man wohl hinterfragen, weshalb man die letzte Ratssitzung im Mai abgesagt hatte und nun vor den Sommerferien an der heutigen Juni-Sitzung eine überfüllte Traktandenliste mit lauter dringenden Geschäften vorlegt. Dem Stadtrat und auch dem Büro möchte er bereits heute die Empfehlung abgeben, bei einer späteren Traktandierung dieses Geschäfts die Einberufung einer Sondersitzung des Rates in Erwägung zu ziehen.

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) hält betreffend der Absage der Mai-Sitzung fest, dass dem Büro bei dieser Entscheidung der Umfang sowie die Dringlichkeit der traktandierten Geschäfte für die heutige Sitzung nicht bekannt gewesen war.

Thomas Eugster (FDP) nimmt Bezug auf die vorgängigen Antworten des Stadtpräsidenten und empfiehlt dem Stadtrat, die Meinungen des Einwohnerrats einzuholen, bevor diesem die Entscheidungsgrundlagen bzw. Quartierplanungen zur Beschlussfassung unterbreitet werden.

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren zum Geschäft angemeldet werden und er nun über die beiden Anträge abstimmen lässt.

- ://: Für die Durchführung des Studienauftrags Arealentwicklung Postareal und Allee bewilligt der Einwohnerrat mit 34 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung zu Lasten der Investitionsrechnung (Konto 7900.5290.0113) einen Brutto-Kredit für den Anteil der Stadt Liestal in der Höhe von CHF 150'000.-- (inkl. MwSt).
- ://: Für die städtebauliche Gesamtkoordination der Planungen und Projekte des Bahnhofareals und seiner direkten Umgebung bewilligt der Einwohnerrat mit 33 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen zu Lasten der Investitionsrechnung (Konto 7900.5290.0113) einen Brutto-Kredit in der Höhe von CHF 33'000.-- (inkl. MwSt).

TRAKTANDENLISTE

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) hält fest, dass noch vier wichtige Traktanden an der heutigen Sitzung behandelt werden sollten. Er wird nun mit einer Umfrage abklären, welche Geschäfte gegebenenfalls vertagt werden können.

- *Postulat „Familienergänzende Kinderbetreuung in KITAS“ (Nr. 2013/38)*

Markus Rudin (SVP) kann sich als GOR-Präsident mit einer Vertagung des Geschäfts einverstanden erklären, obwohl er sich für die August-Sitzung wegen Ferienabwesenheit entschuldigen lassen muss.

Stadträtin Marion Schafroth erklärt, man wird bei einer Beschlussfassung an der August-Sitzung sicher auch einen Weg finden, damit der Vollzug keine Verzögerungen erfährt. Es wäre natürlich gut, wenn man dieses Geschäft noch behandeln könnte.

- *Postulat „Schulsozialarbeit“ (Nr. 2014/122)*

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) weist darauf hin, dass SBK-Präsidentin und Ratskollegin Corinne Ruesch heute letztmals im Rat sein wird, um den Kommissionsbericht vertreten zu können, da sie per 30. Juni 2015 aus dem Rat ausscheiden wird.

- *Quartierplanung „Obere Brunnmatt“ (Nr. 2015/176)*

Diego Stoll (SP) äussert als BPK-Präsident, dass sich wohl eher der Stadtrat betreffend der dringlichen Behandlung des Geschäfts äussern müsste.

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) berichtet, dass man an der nächsten Ratssitzung gleich die 1. und auch die 2. Lesung durchführen könnte, womit das Geschäft dann auch keine Verzögerungen erfahren würde.

Hans-Rudolf Schafroth (SVP) schlägt vor, dass das Geschäft wohl zu wenigen Diskussionen Anlass geben dürfte und deshalb die 1. Lesung an der heutigen Sitzung gemacht werden sollte.

- *Stadtratsvorlage „GEP Revision Genereller Entwässerungsplan“ (Nr. 2015/189)*

Hanspeter Stoll (SP) merkt an, dass für die Ausarbeitung des neuen Wasserreglementes und Abwasserreglementes mit Gebührenanpassungen vorgängig noch dem stadträtlichen Kreditantrag betreffend der GEP-Teilrevision zugestimmt werden müsste. Wenn dieser Entscheid nicht an der heutigen Sitzung gefällt werden kann, würden die erwähnten pendenten Geschäfte weitere Verzögerungen erfahren.

Stadträtin Regula Nebiker erklärt, eine Vertagung des Geschäfts wäre nicht so problematisch, denn es verhält sich beim GEP und dem Abwasserreglement anders als beim GWP und dem Wasserreglement.

- *Stadtratsvorlage „Amtsbericht 2014“ (Nr. 2015/176)*

Ratspräsident Heinz Lurf (FDP) legt dar, dass dieses Geschäft wohl problemlos auf die August-Sitzung vertagt werden könnte, da dieses nicht zeitkritisch ist.

* * * * *

Corinne Ruesch (GL) meint, eine Priorisierung der heute noch zu behandelnden Geschäfte sei sehr schwierig und auch die Behandlung dieser im Schnellzugtempo sei nicht seriös und sinnvoll. Sie stellt den Ordnungsantrag, dass an der heutigen Sitzung keine weiteren Geschäfte mehr behandelt werden und die Ratssitzung geschlossen wird.

Ratspräsident Heinz Lurf (FDP) stellt fest, dass zum Ordnungsantrag keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Mit grossem Mehr wird dem Ordnungsantrag zugestimmt und die heutige Sitzung geschlossen.

NEUE VORSTÖSSE - Begründung

Ratspräsident Heinz Lurf (FDP) hält fest, dass sich nun Ratsmitglieder, welche neue Vorstösse eingereicht hatten, diese gemäss § 44 des Geschäftsreglementes am Schluss der heutigen Sitzung noch mündlich begründen können.

Nach Umfrage kann er feststellen, dass sich diesbezüglich keine Ratsmitglieder zu Wort melden.

* * * * *

SCHLUSSWORT von **Ratspräsident Heinz Lerf (FDP)**

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) richtet in seiner Schlussrede folgende Worte an die Ratsmitglieder und Anwesenden:

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen

Geredet habe ich heute schon genug und er werde sich aus zeitlichen Gründen sehr kurz fassen. Ein grosses Anliegen ist es ihm aber doch, noch verschiedenen Leuten zu danken. Der erste Dank geht an alle Kolleginnen und Kollegen des Einwohnerrates. Wir haben letztes Jahr grundsätzlich gut gearbeitet und hatten nur wenigen Pendenzen. Leider mussten an der heutigen Sitzung wegen Zeitmangel einige Geschäfte vertagt werden. Die Diskussionskultur habe er engagiert, lebhaft, pointiert und von Zeit zu Zeit auch schön emotional, aber stets respektvoll, erlebt. Auch komplexe Geschäfte wie die BLPK-Pensionskassenvorlage oder die umfangreiche Verkehr-Sammelvorlage hatten wir mit Bravour gemeistert. Ein weiterer Dank geht an den Stadtrat. Dieser hatte dafür gesorgt, dass die Vorlagen verständlich und im Regelfall umfassend sowie rechtzeitig vorgelegt wurden. Ein grosses Dankeschön geht an den Einwohnerratsschreiber Marcel Jermann, denn er hatte das Büro stets umsichtig beraten, anfallende Abklärungen vorgenommen und ihn mit den notwendigen Unterlagen versehen. Ebenfalls danken möchte er den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, denn diese hatten im Anschluss an die Entscheide hier im Saal die Arbeit gehabt, was auch immer gut gemacht wurde. Den letzten Dank geht an die Vertreter der Presse, welche mit ihren Berichterstattungen die Arbeit des Rates den Leserinnen und Lesern näher bringen. Er wünscht allen eine schöne und erholsame Sommerzeit und der neu gewählten Meret Franke alles Gute in ihrem Präsidialjahr.

Stadtpräsident Lukas Ott bedankt sich namens des Stadtrates beim scheidenden Präsidenten Heinz Lerf für das Geleistete im letzten Jahr und übergibt ihm drei Flaschen Ehrenwein aus dem Rathauskeller als kleines Dankeschön.

Schluss der Sitzung: 18.45 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Präsident

Heinz Lerf

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann